

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
22 (1908)**

304 (30.12.1908)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-474808](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-474808)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Fringerl 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

— Mit —  
Sonntagsbeilage.

Interate werden die künftige Posten Korrespondenten oder deren Raum für die Inserenten im Auftrage des Verlegers und Verleger, sowie der Redaktionen mit 15 Pfg. für sonstige ausserordentliche Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition abgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nachschuß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. Filiale in Heppens: Almsenstraße 24. Fernsprecher 530.

22. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 30. Dezember 1908.

Nr. 504.

## Der Mehrheitsbericht über das Wahlgesetz im Oldenburg. Landtage.

I.

Den Wahlrechtsrändern im Landtage zum Trotz soll der Bericht der Mehrheit des Verwaltungsausschusses während der Weihnachtstagen doch hinausgehen ins Volk, was dieselben in ihrem ausgesetzlichen Plan beabsichtigen wollten und den die Mehrheit des Landtages in recht über angebrachter Empfindlichkeit und aus übertriebenem Tatgefühl durch einen Beschluß unterbunden hat. Nach diesem Beschluß sollte der Bericht der Mehrheit nicht vor dem Wiederzusammentritt des Landtages verteilt und damit veröffentlicht werden. Ein Teil der Berichte war aber schon verteilt und wurden diese nicht wieder zurückgegeben, mit der Absicht, den Plan der Bauernbündler und konservativen Zentrumsleute zu durchkreuzen und den Bericht zu veröffentlichen. Jetzt, während der Landtagsferien, muß das Volk aufgerufen werden zum Kampf gegen das Pluralwahlrecht, zur Abwehr gegen das Verbot, das auf sein vornehmstes politisches Recht, das Wahlrecht zum gegebenden Körper, verstoßen werden soll. Der Bericht verteilt sich zunächst über folgende

### Allgemeine Gesichtspunkte:

Der Gesetzentwurf beginnt in erster Linie die indirekte Wahl der Abgeordneten durch eine direkte Wahl zu ersetzen. Er ist in seinen wesentlichen Teilen eine Wiederholung des dem 30. Landtage in seiner letzten Sitzungsperiode zur Kenntnisnahme vorgelegten Gesetzentwurfes. Auch die damals dem Gesetzentwurf mitgegebene Begründung ist dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf in ihren Hauptteilen wieder beigefügt worden.

Für die Frage, aus welchen Gründen die direkte Wahl der indirekten vorgezogen ist, kann auf die Begründung der Staatsregierung und den im 30. Landtage erstatteten Mehrheitsbericht verwiesen werden.

Auch jetzt finden sich im Verwaltungsausschuss Befürworter des indirekten Wahlverfahrens nicht vor. Indessen hielt eine große Mehrheit des Verwaltungsausschusses eine wesentliche Umgestaltung des Entwurfes für erforderlich. Insbesondere trägt die schwere Bedenken gegen die Beibehaltung des gleichen Wahlrechts, will es durch ein Pluralwahlrecht ersetzt und erweitert über diese Frage einen besonderen Mehrheitsbericht.

Dagegen will die Mehrheit an dem gleichen Wahlrecht festhalten. Sie sieht keinen Grund, das gleiche Wahlrecht zu beseitigen. Sie ist der Ansicht, daß es sich in den 60 Jahren seines Bestehens im Großherzogtum Oldenburg vorzüglich bewährt hat, und daß es dem gefunden Empfinden unseres Volkes entspricht. Sie ist auch der Ansicht, daß die Abschaffung des direkten Wahlrechts und die Einführung eines Pluralwahlrechts eine dauernde Benachteiligung der Bevölkerung herbeiführen wird, die so lange anhalten wird, bis das Pluralwahlrecht wiederum durch gleiche Wahlrecht ersetzt wird.

Die Mehrheit ist ferner der Ansicht, daß sich ein Pluralwahlrecht, das der Bedeutung des Einzelnen für das Staatswesen entspricht, überhaupt nicht finden läßt. Das Leben ist viel zu mannigfaltig, als daß noch wenigen Gesichtspunkten die Bedeutung des einzelnen Wählers für den Staat abgeleitet werden könnte. Die Fälle, in denen Wähler mit einer Stimme über solche mit drei Stimmen weit hervortragen, werden auch bei dem besten Pluralwahlrecht zahlreich bleiben. Solche Unrichtigkeiten müssen dazu führen, daß die benachteiligten Wähler Vergleiche mit den bevorzugten anstellen und dadurch in einen Gegensatz zu dem Staatswesen, dem sie angehören, gedrängt werden. Zerartige Verhältnisse, die sich bisher nirgends bewährt haben, sind deshalb zu vermeiden. Das gleiche Wahlrecht, das jedem Staatsbürger, sobald er gewisse Vorbedingungen erfüllt, eine Stimme zufließt und damit auf die vergeblichen Versuche einer Unterscheidung verzichtet, verdient vor allen gekünstelten Systemen den Vorzug.

Besonders schwere Bedenken hat die Mehrheit auch gegen die von der Minderheit in Aussicht genommene Gestaltung des Pluralwahlrechts. Will man mit dem einen Teil der Minderheit nur dem Hausbesitzer eine zweite Wahlstimme einräumen, so bevorzugt man damit nur bestimmte Klassen. Die Behauptung, daß in der heutigen Zeit der Hausbesitz ein Zeichen von Selbstständigkeit sei, läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten. Es gibt viele Kreise der Bevölkerung, die durch ihren Beruf oder ihre Lebensgewohnheiten veranlaßt werden, keinen eignen Grundbesitz zu erwerben, die aber dennoch zu den selbstständigen Teilen unserer Bevölkerung gehören. Andererseits ist der Grundbesitz in manchen Teilen des Großherzogtums — und zwar nicht

nur in den städtischen Teilen — in einem solchen Maße Handelsgegenstand geworden, daß nicht jedem Besitzer eines Hauses eine besondere Selbstständigkeit zugeschrieben werden kann. Ebenso wenig kann sich die Mehrheit mit dem Verzicht eines anderen Teiles der Minderheit befreunden, jedem eine zweite Stimme einzuräumen, der entweder Grundbesitz oder ein Einkommen über 1800 Mk. hat. Das Einkommen des Staatsbürgers ist von einer Reihe von Umständen abhängig, die mit seiner Bedeutung für das Staatswesen nichts zu tun haben. Bei manchem Steuerpflichtigen schwankt es zudem von Jahr zu Jahr, sobald das Einkommen, das der Steuerpflichtige in dem Jahre der Wahl hat, durchaus nicht den richtigen Maßstab bieten wird. Es können zudem besondere Umstände, wie Alter, Kränklichkeit, Kinderzahl, das steuerpflichtige Einkommen schmälern, ohne daß es billig wäre, dem Wähler deswegen ein geringeres Wahlrecht beizulegen. Will man das Wahlrecht überhaupt nach dem Einkommen abstimmen, so ist nicht einzusehen, weshalb man nur eine Grenze bei 1800 Mk. schaffen will. Eine solche Teilung führt in ihrer Konsequenz dazu, daß man überhaupt jedem ein Einkommen entsprechendes Wahlrecht beilegt, also zu dem pluralistischen preussischen Dreiklassenwahlrecht übergeht.

Verfehlt erscheint es endlich der Mehrheit auch, demjenigen, der 10 Jahre lang im Oldenburger Lande sein Wahlrecht ausgeübt hat, eine dritte Wahlstimme beizulegen. Nach dem Entwurf erhält jeder das Wahlrecht, der drei Jahre im Lande anwesig gewesen ist. Diese Frist ist lange genug, damit der Wähler Einblick in die hiesigen Verhältnisse gewinnt. Weht man aber darüber hinaus, so bevorzugt man Leute, die immer in der Heimat gewesen sind, vor solchen, die sich auswärts umgesehen haben. Es ist aber nicht gesagt, daß diejenigen die hiesigen Verhältnisse am besten überblicken, die am wenigsten Gelegenheit gehabt haben, fremde Verhältnisse kennen zu lernen.

Dann bringt der Bericht die

### beiden Pluralstimmrechtsanträge.

Dieselben lauten:

Die sechs Abg. Hergens, Henn, Franke (alle drei Bauernbündler), v. Fricken, Dr. Driever und Frne (alle drei Zentrumsmänner) beantragen:

Jeder Besitzer oder Nießbraucher eines Wohnhauses, oder wer 1800 Mk. zur lokalen Einkommensteuer zahlt, erhält eine zweite Stimme. Wo mehrere Personen Besitzer sind, haben sich diese zu einigen, wer die zweite Stimme abgeben soll.

Die beiden Abg. Müller-Ruhhorn und Haben (beide Bauernbündler) beantragen:

Jeder Besitzer oder Nießbraucher eines Grundstücks mit Wohngebäude erhält eine Stimme mehr. Wo mehrere Personen gleichzeitig Besitzer sind, haben sich diese zu einigen, wer die Stimme abgeben soll. Eine dritte Stimme erhält, wer seit zehn Jahren Besitzer eines Hauses ist.

Den ersten Antrag beantragt die Mehrheit, die neun Abg. Ahlhorn-Ostenburg, Dör, Grube, Koch, Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock und Tangen abzulehnen; die Abg. Müller-Ruhhorn und Haben enthalten sich der Stimme.

Den zweiten Antrag beantragt eine noch viel größere Mehrheit von 14 Abgeordneten abzulehnen, nämlich der ganze Ausschuss mit Ausnahme der beiden Antragsteller und des Abg. Frne, der sich der Stimmabgabe enthält.

## Politische Rundschau.

Bant, 29. Dezember.

### Der Skandal des Reichshofamts.

Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe. Dem Auswärtigen Amt ist es sehr abgenommen worden, daß es ein eingetragenes englisches Manuskript ungenutzt passieren ließ, man sprach von Schloßbergstreichen und von einem neuen Börsen. Der Skandal des Reichshofamts aber wird bis jetzt togehohehen, obwohl er nicht minder schlimm und nicht weniger gefährlich ist. Die Abneigung des Auswärtigen Amtes gegen alles Englische wirkt tragisch, der Krieg, den das Reichshofamt gegen das Einmaleins führt, ist geradezu grotesk. Wir haben schon mitgeteilt, daß von der bereits ausgegebenen amtlichen Denkschrift über die Einweisung der Reichshofamts vierzig Seiten neu gedruckt werden mußten, weil sich herausgestellt hatte, daß das auf ihnen gegebene Zahlenmaterial das bloße Phantomspiel einer in Galopp verfahrenen Redenmaschine gewesen war. Man hat also für vierzig Seiten solche Zahlen vierzig Seiten richtige Zahlen gedruckt — haben wollen; die „berichtigten“ Zahlen sind aber auch falsch!

Das Berliner Tageblatt macht auf diese schier unglaubliche Tatsache aufmerksam. Bölig falsch sind u. a. auch in den neugegebenen „Berichtigung“ die ordentlichen Gesamteinnahmen von 1872—1885 angegeben. Die Einnahmen betragen nämlich:

| nach „berichtigter“ Angabe | in Wirklichkeit |
|----------------------------|-----------------|
| Millionen Mark             | Millionen Mark  |
| 1872—1875                  | 1149,7          |
| 1876—1880                  | 750,8           |
| 1881—1885                  | 767,6           |
|                            | 479,4           |
|                            | 587,5           |
|                            | 717,5           |

Es hat sich also noch immer kein Mechaniker gefunden, der die tappelnde Redenmaschine des Reichshofamts in Ordnung zu bringen vermag. Sie liegt immer noch unnützlich Zahlen aus, die von den Geheimräten der neudeutschen Rechnungslust als nimmeh ganz unumwunden richtiges amtliches, also nahezu geheiligtes Material in die Welt hinausgerannt werden.

Man hat im Fall des Auswärtigen Amtes gefragt, was wohl der Angestellte eines größeren Verbandes hätte von seinem Chef zu hören bekommen, wenn ihm ein ähnliches Versehen passieren würde. Man kann im Falle des Reichshofamts fragen, ob im Betrieb, wie wollen nicht fragen einer soliden Bank, sondern einer ordentlich geleiteten Geschäftsbearbeitung ähnliche Irrungen vorkommen können. Was geschehen wäre, wenn in den statistischen Berichten einer von Arbeitern vermittelten Krankenkasse oder in den Ausweisen einer „sozialdemokratischen“ Gewerkschaft ähnliche Zahlenirrtümer nachgewiesen worden wären, läßt sich gar nicht ausdenken! Wahrscheinlich hätte man sofort eine Gesetzesvorlage eingebracht, um diese Institute und Organisationen unter die Oberaufsicht einer hohen Behörde, z. B. des Reichshofamts, zu bringen!

Der allgrößte Teil der bürgerlichen Presse bemüht sich aber hartnäckig, den Skandal des Reichshofamts zu übersehen — aus dem dunklen Gefühl heraus, daß dieser unvorhergesehene Zwischenfall in keiner Weise geeignet ist, die lehnlich gewünschte prompte Erledigung der Reichsfinanzreform zu erleichtern. Und man muß auch zugeben, daß die Regierung Bölow mehr vom Reich verlor als durch, als wahrscheinlich ist. Daß diese Regierung nach allem Geschehen ein so außerordentliches Vertrauensvotum für sich beanspruchen konnte, wie es in der Bevölkerung einer halben Milliarde neuer Steuern gelegen ist, reicht schon aus. Umständlich. Jetzt stellt sich zum Uebelstuch heraus, daß diese höchst vertrauenswürdige Regierung zur Begründung ihrer Halbmilliardenvorlage dauernd und hartnäckig die höchst trübsinnigen Zahlen arbeitet. Etwas, der Bergleiger, hats erreicht — höher geht's wirklich nimmer!

### Deutsches Reich.

#### Die Reichstagsbilder.

Nach einer Meldung des B. L. ist das Schicksal der Reichstagsbilder von Angelo Jant nunmehr definitiv in dem Sinne entschieden, daß die Bilder voraussichtlich noch vor Wiederaufnahme der Sitzungen entfernt werden sollen. So viel wir wissen, ist diese Entscheidung nicht erst nimmeh, sondern schon vor Beginn der Weihnachtstagen gefallen, und sie entspricht auch vollständig den Auffassungen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, die das Parlament als das Haus der Gesetze und der friedlichen Ordnung nicht mit Schlachtenbildern schmücken und eine Herausforderung des französischen Nachbarn durchaus vermeiden sehen will. Auf dem großen Mittelbild der Jantischen Gemälde ist bekanntlich dargestellt, wie Wilhelm I. mit seinem Stab über das Feld von Sedan an einem toten französischen Kavallerie vorbeiritt, während deutsche Soldaten vor dem Kaiser eine eroberte französische Fahne in den Staub der Straße senken. Die sozialdemokratische Presse hat gegen dieses Bild sofort protestiert. Aber nicht nur für sie, sondern für jeden, der die notwendige Befähigung mit Frankreich nicht durch kindliche Spielereien gefährden will, also für ziemlich alle politischen Leute — nur ein paar alldemokratische Hanswurst ausgenommen — mußte die Parole einfach lauten: Was damit!

Mit dem Kunstwert der Bilder und dem künstlerischen Ansehen ihres Schöpfers hat diese Angelegenheit nichts oder doch sehr wenig zu tun. Wenn sich unter den Gegnern der Jantischen Gemälde auch solche befinden, die keine preußischen Schlachtenbilder gelten lassen wollen, wenn sie nicht von Anton v. Werner sind, so ist das kein Grund, den Reichstag (wie es einige dem Künstler nachsehende Mächtige Wähler bereits getan haben) anzugreifen. Der Reichstag ist keine Versammlung von Kunstkritikern, sondern von Politikern — oder sollte es doch wenigstens sein. Der absolute Kunstwert eines Bildes kann auch allein für den Ort seiner Anbringung nicht entscheidend sein — sonst müßten ja z. B. in den preussischen Königsschlössern lauter Simplitismusbilder hängen.

Berlin, 28. Dezember. Den preußischen Landtag wird, wie der Nat.-Ztg. berichtet wird, im neuen Jahre auch ein Gesetz zur Beschäftigung der sich mit dem Besuchsangebot auf ländlichen Fortbildungsschulen befaßt. Es handelt sich darum, daß die Gemeinden beauftragt werden, den Besuchsangebot in den Schulen mittels Ortsstatuts einzuführen. Hierbei kommen speziell die Provinzen Schleien und Hannover in Betracht, deren Provinziallandtage einen entsprechenden Antrag gestellt haben.

Wie verlautet, soll in Preußen eine erhebliche Anzahl neuer Richterstellen geschaffen werden. Speziell wird dabei das rheinisch-westfälische Industriegebiet berücksichtigt. Daß damit etwa das System der Disziplinar endlich einmal beseitigt wird, ist allerdings nicht zu erwarten.

Gegen den Parlamentarismus und das Reichstagswahlrecht wendet sich der Reichsbote. Es wird betont, daß jede Erweiterung der Rechte des Parlaments eine Schwächung der Monarchie bedeute. Das Reichstagswahlrecht wird als ein Zahlenkalkül bezeichnet, dessen Ausdehnung durchaus nicht wünschenswert ist. Der Parlamentarismus biete nur dem politischen Elitarentum ein reiches Feld der Tätigkeit.

Der Nachfolger Holles und der Bloß. Die Frankf. Zeitung rechnet mit dem demnächstigen Rücktritt Holles. Sie schreibt:

Als sein Nachfolger wird voraussichtlich Schwarzkopf in Betracht kommen, der insbesondere bei den reaktionären Volksgruppen hervorgetreten ist. Schwarzkopf ist ein ausgesprochenes Mitglied der erweiterten preußischen Volkskammer, aber ein Mann von enger konfessioneller Richtung, dessen Gedankengang ein durchaus reaktionärer ist, ein fähiger Mann, sogar ein „Programmiert“. Aber wenn der Herr Bloß sich zu diesem Programm bekennen wollte, dann müßte er auch formell mit der Bloßpolitik brechen.

In einer Polemik gegen das Organ des Bundes der Landwirte nimmt die Frankfurter Zeitung weitere Stellung zu dem Thema „Bloßpolitik“ und schreibt:

„Das agrarische Organ erklärt auch wieder einmal, daß die Bloßpolitik im Reiche mit den preußischen Schulfragen und den Aufgaben des Kultusministeriums nichts zu tun habe, und daß weitere Zugeständnisse an den Liberalismus nicht möglich seien. Ueber das Letztere hat wieder nur der Liberalismus selbst zu entscheiden, und er hat, als er sich auf den Versuch der Bloßpolitik im Reiche einließ, niemals ein Ziel daraus gemacht, daß er gewisse Rücksichten, auch bei Führung der preußischen Politik, dabei voraussetzen müßte. Der Reichsführer hat sich wohl geäußert, diese eigenlich selbstverständliche Forderung grundsätzlich abzuweisen. Also die formelle Schreibung der Bloßpolitik im Reiche und Preußen ist eine Fiktion. Die Bloßpolitik des Reiches, die mit zwei Schwerigkeiten zu kämpfen hat, würde dann ausbleiben, wenn man nicht gewisse Rücksichten auf die Preußen nähme. Daß diese sich in sehr bestimmten Grenzen halte, ist leider richtig. Frühere Hoffnungen, die man hegte, sind sehr gering geworden bei den Landtagswahlen im jetzigen Sommer, die dem Liberalismus nicht die gewünschte Verstärkung gebracht haben.“

Deutsche Rechnungsbeamte in den Kolonien. Durch das überaus mangelhafte Rechnungswesen in den Kolonien ist sich der Rechnungshof des Deutschen Reiches dahin schuldig geworden, eigene Kommissare nach Ostafrika, Südwestafrika und Kamerun zu entsenden, um dortselbst das Rechnungswesen an Ort und Stelle zu prüfen. Um aber der jetzt üblichen Sparpolitik einigermaßen Rechnung zu tragen, ist die Entsendung der Kommissare nur in kleinstem Umfang geplant.

Das Schmerzenskind Südwestafrika. In einem längeren Artikel will die Deutsche Tageszeitung darauf hin, daß sie leidenschaftliche Sorge empfunden habe, als Staatssekretär Dornburg im Reichstage erklärte, es könnten bei geeignetem Betriebe täglich 5000 Karat Diamanten gewonnen werden. Das Blatt weist dann darauf hin, daß die großen Landgesellschaften lediglich Spekulationszwecken gebrauchen können, das sie dann zu hohen Preisen loschlagen. Nach einem Hinweis auf die Hungersnot im Oamboland sagt der Artikel:

Trotz der Diamanten bei Lüderitzbucht, und selbst wenn noch reichere Gänge gemacht werden sollten, bleibt Südwestafrika unser Schmerzenskind, das uns immer wieder Sorgen bereiten wird. 3-4 drohen neue Unruhen im Süden, Hungersnot im Norden; sind diese überwunden, dann wird es vielleicht an Arbeitskräften fehlen, werden Fruchtsorten kommen, Dürre, Korkländer der europäischen Ansiedler; zur Ruhe werden wir so bald nicht kommen.

Was aber die Agrarier nicht hindern wird, dem Reichstage die Ausgaben für die Kolonien in der geforderten Höhe zu bewilligen.

Zur Reichstagswahlwahl in Siegen, die am 11. Januar 1909 stattfindet, hat eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte beschlossen, für den Agrarier Mumm einzutreten. Wenn Mumm gewählt werden sollte, würde er sich der Wirtschaftlichen Vereinigung anschließen, der auch Sicker angehört hat.

Das Geheimnis der Erfolge Preußens hat die konservative Bewegung entdeckt. Sie findet, daß dies in der konservativen Verwaltung liegt. Wenn ein ausgesprochen konservativer Beamter im Interesse des Dienstes übergegangen ist in den Kaiserlichen Dienst, so hat er sich schuldig gemacht, auch wenn er vielleicht glaubt oder weiß, daß er falsch beurteilt wird. Geht es aber um ein Mitglied der liberalen Partei, so schließt die liberale Presse eilends, sobald wenigstens der Schein entsteht, als verlangten die liberalen Ausnahmestellen für liberale Beamte. Daß in der preußischen Verwaltung konservative Anschauungen herrschen und daß auch liberale Beamte diesen traditionellen Anschauungen Rechnung tragen müssen, ist richtig. Gerade in dieser Einzelheit liegt das Geheimnis der Erfolge Preußens. Die Erfolge

Preußens aufzuführen, die diesem konservativen Regiment zu danken sind, hätte sich allerdings das Blatt der Junkerlichen Presse.

Polnische Frauen-Agitation. Ein polnisches Komitee in Vosen hat einen Aufruf erlassen, der sich an die Frauen polnischer Nationalität richtet, und zur Gründung eines Frauenbundes auffordert. Die Aufgaben dieses neuen Bundes sollen in der heimischen Agitationsarbeit, in der Gründung neuer polnischer Vereine und Herausgabe eines eigenen Organs bestehen.

Einschränkung der Fabrikarbeit. Die Deutsche Tageszeitung läßt wieder einmal Sturm gegen die Freizügigkeit. Solange diese Freizügigkeit nicht beseitigt werden kann, solle man ein Verbot der Arbeit in Fabriken für junge Leute bis zur Vollendung des sechzehnten Lebensjahres erlassen. Selbstverständlich will das Organ der Agrarier nicht etwa die Jugend vor Ausbeutung schützen, sondern rechnet darauf, daß die jungen Leute, die dann in Fabriken nicht beschäftigt werden dürfen, den Agrarier als billige und willige Ausbeutungsobjekte zur Verfügung stehen.

#### Frankreich.

Die Studenten an der medizinischen Fakultät an der Sorbonne in Paris, der großen Universität Frankreichs, haben vor Weihnachten aus Anlaß der Einführung rigoröser Prüfungsbedingungen Ausfahrungen begangen. Diese Ausfahrungen gaben der Universitätsbehörde Anlaß für einen Teil der Studenten die medizinische Fakultät bis zum 1. Juni 1909 zu schließen.

Der Panzerkreuzer Loire, der seine Uebungsfahrt unterbrechen mußte, weil die Maschinen durch mehrere von verdorbenen Hand in die Uebungsrichtung hineingeworfene Metallstücke ernstlich beschädigt wurden, fuhr in der Länge der Insel Honfleur auf, doch gelang es ihm mit eigener Kraft wieder loszukommen. Der Kreuzer steht unter dem Kommando eines Bruders des Deputierten Jaurès.

#### Türkei.

Der Sultan hat die Wahl des Jungtürken Ahmed Rıza zum Kammerpräsidenten bestätigt. Wessen nahm die Deputiertenkammer die Adresse auf die Thronrede ohne Diskussion an. Die Adresse erklärt, daß der Senat den Wunsch des Sultans bezüglich der Einhaltung der Verfassung als definitives Ergebnis aufnimmt. Der Kaiser über die äußere Politik lautet: Was die in der Thronrede erwähnten bosnischen und bulgarischen Fragen anbelangt, so liegt die Aufgabe, die Korrespondenz hierüber und die notwendigen Beratungen mit den Berliner Signatarmächten zu verfolgen und diese Fragen einem befriedigenden Ergebnis zuzuführen, der Erfüllungsgehalt ob. Wir erwarten, daß der Ministerrat die Aufgabe befriedigend lösen wird. Denselben Wunsch hegen wir bezüglich der wichtigen freilichen Frage. Die Adresse schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die gelegentliche Gewalt des Parlaments unter Mitwirkung des Ministerrats das Land zu dem gewünschten Fortschritt führen werde.

#### Venezuela.

Das Regiment Calles ist völlig bereit und die Revolution, die gegen dasselbe gerichtet war, hat ohne Blutvergießen geseigt. Sogar der Bruder Calles, der General ist, hat sich der Präsidentenwahl von Gómez unterworfen, seine Stelle aufgegeben und alles Kriegsmaterial ausgeliefert. Die Präsidentenwahl ist im ganzen Land anerkannt. Gómez stellt den normalen Zustand wieder her. Die Presse ist frei. Das Viehmonopol ist aufgehoben, die Grenzfrage mit Columbia geregelt und der Schiffverkehr auf dem Julia von und nach Columbia wiederhergestellt. Die Flotten demonstration der Holländer ist beendet. — Wie verlautet, soll Calles angeklagt und von Trinidad seine Auslieferung verlangt werden.

#### Persien.

Das Asylrecht der Gesandtschaften. Bureau Reuter meldet aus Teheran, daß der dortige deutsche Gesandte eine Deputation von nationalitätigen Jesuiten mitgeteilt habe, er könne ihnen kein Asylrecht in der Gesandtschaftsmauer gewähren, da es sich um innerpolitische Angelegenheiten handle, in die er sich nicht einmischen dürfe. Hingegen hat der österreichische Gesandte einen Haus gemietet, in das er jeden politischen Flüchtling, der um seinen Schutz bittet, aufnimmt. — Gegenüber einem solchen feigen, grausamen und widerwärtigen Tyrannen, wie der Schah einer ist, da ist die Polizei nicht am Platze. Das deutsche Gesandte wird nicht am Platze.

#### Indien.

Ein neues Attentat. Auf den Staatsanwalt Hume wurde, wie aus Kalkutta gemeldet wird, ein weiteres Attentat verübt. Es wurden zwei Bomben gegen den Zug geschleudert, in welchem er nach Sebpur fuhr. Es wurde niemand verletzt. Trotzdem in verhältnismäßig kurzer Zeit auf einer kurzen Strecke der oberindischen Bahn sieben Bombenattentate vorgekommen sind, ist die Polizei nicht imstande gewesen, den Attentätern auf die Spur zu kommen.

Kleine politische Nachrichten. Der Handelsvertrag zwischen Österreich und Serbien ist auf weitere drei Monate verlängert worden. — In Budapest wurden mehrere Deutsche von zwei böhmischen Soldaten überfallen. Einer der Deutschen erhielt einen Bajonettschlag in den Rücken und wurde schwer verwundet ins Krankenhaus gebracht. — An der deutsch-bosnischen Grenze wurde von serbischer Seite auf eine österreichische Grenzmariepatrouille geschossen. Die Grenzmariepatrouille wurde verwundet. Zwei Serben wurden getötet und ein Offizier verwundet. — In Madras ist der indische Nationalkongress, der von der Partei der Gemäßigten einberufen worden ist, am Dienstag eröffnet worden.

#### Parteinachrichten.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Kreissekretäre und Kreisvorsitzenden des Großherzogtums Hessen fand am dritten Novemberfesttage in Darmstadt im Gesellschaftshaus statt. Sie beschloß sich mit der Frage, wie die

Agitation gegen das persönliche Regiment und die Finanzreform, sowie die Aufklärungsarbeit zur Gewerbedeformationsnovelle am besten betrieben werden könnte. Ebenso handelte die Frauenagitation, die Arbeiter, die Landarbeiterorganisation und das Bildungswesen zur Förderung. Man war einig darüber, daß man die Agitation für die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Gewerbedeformationsnovelle gestellten Forderungen energisch betreiben und durch Petitionen an den Reichstag und den Bundesrat auch den Vertretern der anderen Parteien zeigen sollte, daß die Arbeiter Deutschlands hinter den Parteien unserer Fraktion stehen. Auch eine kräftige Protestbewegung gegen die geplante Reichsfinanzreform soll in die Wege geleitet werden.

Hinsichtlich der übrigen Punkte der Tagesordnung wurde völliges Einmütigen der Genossen erzielt und entsprechende Vorbereitungen getroffen.

#### Gewerkschaftliches.

Aktion, Zimmerer! Es sind Differenzen ausgebrochen zwischen den Wilhelmshavener Zimmerern und der Firma Gustavsburg. Die Firma sucht auswärts Arbeitswillige. Die Zimmerer aller Orte werden daher gebeten, Solidarität zu üben und ihren Kollegen in Wilhelmshaven nicht in der Mägen zu fallen.

Arbeiterausperrung in Bremen. In Sachen der Tischler hat das beim dortigen Gewerbegericht gebildete Schiedsgericht in einer Sitzung einen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermittelnden Schiedsspruch gefällt. Beide Parteien haben nun bis zum 30. Dezember beim Gewerbegericht zu erklären, ob sie sich diesem Schiedsspruch unterwerfen wollen oder nicht. Die Aussperrung bleibt bis dahin bestehen.

Was geht im Hammlager Hafen vor? Wie dem Hamburger Echo von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, trägt sich der Hafenbetriebsbereich in Hamburg mit der Absicht, Anfang nächsten Jahres einen allgemeinen Vorstoß gegen die ihm so sehr verhasste Organisation der Hafenarbeiter zu unternehmen. Auswärtige Stellensuchende (Streikbureau) sind bereits auf Betreiben des Hafenbetriebsvereins auf der Suche nach ausländischen Streikbrechern.

Proletarisches Weihnachtsfest. In Weismar in Sachsen fand am Vorabend des Weihnachtsfestes 900 Glasarbeiter und Arbeiterinnen statt. Wie sie sich eine erhebliche Lohnreduktion nicht willig gefallen lassen wollten.

#### Sekales.

Sant, 29. Dezember.

#### Nationalsozialismus oder Selbstverwaltung?

Zu diesem Thema, das wir gestern angeschnitten haben, wird uns von einem Schlachthof-Ausfuchtmittel geschrieben:

Es ist an der Zeit, daß über das unglückliche Verhältnis innerhalb der Schlachthofgemeinschaft und über manche Dinge, die auf dem Schlachthof passieren, die Flucht in die Öffentlichkeit angeht. In den Schlachthofausfuchtmitteln ist es einfach ausgeschlossen, Verhältnisse zu schaffen, welche den Schlachthof-Ausfuchtmitteln gestatten, mit Luft und Vieh an der Entladung des Schlachthofes und der Erfüllung seines Zweckes mitzuwirken. Ich muß sagen, daß ich noch manchen Vorgängen der letzten Zeit der letzten Lieberung bin, daß viele Beschwerden der Schlachthof gegen die Schlachthofverwaltung berechtigt sind. Wären sie vom Magistrat vorurteilslos geprüft worden, so wäre der Prozeß Spring-Winter umkehrbar.

Was die Rückführung der saanen Maschinenstelle anbelangt, so muß man die Frage aufwerfen, ist der autoritative Magistrat von Wilhelmshaven sich der Verantwortung voll bewußt, die — aber nicht die Stelle nicht rechtzeitig befehligt wird? Er wird doch nicht einen Fehler oder einen ungelerten Arbeiter als Ausfuchtmittel hinstellen wollen, der bei einem Maschinendefekt rat- und hilflos dasteht. Mit dem Auf- und Absteigen des Dampfventils ist doch die Tätigkeit eines Maschinenisten nicht erschöpft.

Bei der Dienstwohnungsforderung, die auch angeschnitten worden ist und in der ich ganz auf dem Standpunkt des geringen Anteils stehe, kommt auch in Frage, daß bei Überweisung der Maschinenwohnung an einen Hallenmeister, diesem indirekt eine Gehaltsverhöhung von 100 Mark zugestanden wird. Der Hallenmeister bekommt eine Wohnungsentlohnung von 300 Mark, der Maschinenist aber von 400 Mark. Für diesen Preis ist die Dienstwohnung berechnet.

Vor drei Jahren wurden schon die Räumlichkeiten im Freibankbetrieb, wie der Prozeß Spring-Winter sie aufgedeckt hat, im Ausfuchtmittel-Interesse und auch eine Bepflanzung anderer Räumlichkeiten im Schlachthof verlangt und zugestimmt. Vom Stadtrat in Heppens wurde der Antrag gestellt, das Freibankwesen anders zu regeln. Nichts ist geschehen. Es kann nichts geschehen, wenn nur alle drei bis vier Monate eine Schlachthofausfuchtmittel findet. Anstatt daß durch Aussprache, durch Gegenüberstellung die Beschwerden der Schlachthof geprüft werden, durch eine Entscheidung vor den Parteien die Spannung im Schlachthof befestigt wird, muß das Gericht in Anspruch genommen werden. Wie zeitgemäß der Antrag des Heppenser Stadtrates war, zeigt wieder der Prozeß Spring-Winter.

Vor drei Monaten ist vom Ausfuchtmittel befohlen worden, die Schleifverbindung mit dem Bahnhof herzustellen; ausgeführt ist der Befehl noch nicht.

Der Portier sollte schleunigst angestellt werden, weil die Regierung in Antich es verlangt. Am 1. Januar ist der Portier und kein Haus noch nicht da. Der Heppenser Magistrat, der von der Rotweinschneide der Einigung wohl nicht so ganz überzeugt war, zog bei anderen Schlachthöfen Erkundigungen ein. Das bei der hochwohlwollenden Magistrat in Wilhelmshaven sehr übel genommen. Er hat, wenn ich recht berichtet bin, den Magistrat von Heppens gerufen und erklärt, die Schlachthofverwaltung werde durch das Vorgehen des Heppenser Magistrats in der Richtung der Welt derab-





Kaufhaus  
**Margoniner.**

**Pelzwaren**

wollen wir  
**radikal räumen**  
und sind die Preise  
**bedeutend herabgesetzt!!!**

Im Fenster ist ein großer Teil  
ausgestellt und wird jedes Stück  
auf Wunsch herausgenommen.

Visitenkarten fertigt an Paul Hug & Co.  
Hilfste Heppens, Altmühlstraße 24.

Die Punsch- und Likör-Fabrik

— von —

**C. J. Arnoldt**

empfehlen zum Jahreswechsel als 40jährige  
Spezialität ihre gebrauchsfertigen

**Punsch-Essenzen.**

Dieselben ergeben durch einfaches Zusetzen  
von 2 bis 3 Teilen siedenden Wassers einen mit allen  
notigen Ingredienzien versehenen Punsch. Surrogate  
irgend welcher Art enthalten diese Punsch-Essenzen  
nicht, verursachen infolgedess. auch keine Kopfschmerzen.

Preise der Punsch-Essenzen pro Flasche exkl.:

|                                                            |          |
|------------------------------------------------------------|----------|
| Rumpunsch-Essenz II . . . . .                              | Mk. 1.30 |
| Rumpunsch-Essenz I ff. . . . .                             | Mk. 1.90 |
| Arrapunsch-Essenz II . . . . .                             | Mk. 1.35 |
| Arrapunsch-Essenz I ff. . . . .                            | Mk. 1.65 |
| Schwed. Punsch-Essenz . . . . .                            | Mk. 2.25 |
| Weinpunsch-Essenz . . . . .                                | Mk. 1.40 |
| Burgunder Punsch-Essenz . . . . .                          | Mk. 2.40 |
| Alkoholfreie Limoretta Punsch-Essenz à 1/2 l inkl. . . . . | Mk. 1.00 |

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die be-  
rühmtesten aus auswärtigen Fabriken stammenden  
Punsch-Essenzen wohl teurer, aber nicht besser sind  
als meine Fabrikate.

Außerdem werden als aus erster Importeurhand  
und deshalb unübertroffen preiswürdig empfohlen:

**Arrac** à Flasche exkl. Mk. 1.40, 2.00, 2.50, 4.40.

**Rum** à Fl. exkl. Mk. 1.10, 1.10, 2.00, 2.50, 3.55, 4.90.

Alle Bestellungen werden promptest  
frei Haus ausgeführt.

**Detail-Verkaufsladen: Roonstr. 111**

— Telefon Nr. 6. —



Der Kenner



**Hans Meyer** — **Bant** —  
gegenüber dem Rathause.

**Bürgerverein Heppens, östlicher Teil.**

Sonntag den 2. Jan. 1909, abends 8 Uhr:

**General-Versammlung**

in Lokale Stadt Heppens. — Tagesordnung:

1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Ablegung der Jahresrechnung.
4. Wahl des Vorstandes.
5. Wahl eines Vereinsboten.
6. Kommunes.
7. Fragekasten.
8. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Zither-Musik-Verein ERATO.**

Am 31. Dezember 1908, abends 8 1/2 Uhr auf,  
im Saale der Kaiserkrone, Bismarckstr.



**Silvester-Vergnügen**

bestehend in

.. Zither-Konzert, Theater und Ball. ..

Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen und  
können durch Mitglieder eingeführt werden. Der Vorstand.

**Wilhelmsh. Begräbniskasse.**

Sonntag den 3. Jan. 1909,

nachm. von 2 bis 5 Uhr

**Hebung der Beiträge**

in der Burg Hohenzollern.

Marktstraße. —

Der Vorstand.

**Allgem. Ortskrankenkasse**

und

**Gemeins. Ortskrankenkasse**

der Maurer und Steinhauer.

Für Beitragszahler und Zuschlag-  
träger können die Beiträge der

13. Hebung am 29. bis 31. Dez.  
des. Jrs. im Kaiserhof, Bahnhof-  
straße 1, entrichtet werden.

Der Rechnungsführer.

P. Thaden.

**Ortskrankenkasse**

für den

**Amtsbezirk Butjadingen.**

Vom 4. bis 8. Januar:

**Hebung der Beiträge**

Beiträge aus dem Jahre 1908,  
welche in dieser Hebung nicht ge-  
zahlt werden, gelangen sofort zur  
Beitreibung.

Reffels, Rechnungsführer.

**Abbehausen.**

**Sozialdemokr. Wahlverein.**

Sonntag, 3. Jan. 1909,

abends 7 Uhr:

**General-Versammlung**

im Vereinslokal.

Wegen der wichtigen Tagesord-  
nung (u. a. Wahl des Gesamt-  
vorstandes) ist das Erscheinen sämt-  
licher Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

**Eutlanfen** eine gelbe Zogge

mit weicher Brutt.

Wiederbinger erhält Belohnung.

Café Viktoria, Götterstr. 3. Et.



Nur noch 3 Tage!

**FRED**

**EDLAWI**

• der phantomenhafte •

deutsche

**Berwandlungskünstler**

• und das übrige •

reichhaltige

**Weihnachts-**

**Programm!!**

**Gesangverein Frohsinn.**

Am nachstehende Nummern sind

bei der Verteilung noch Gewinne

erfallen und sind dieselben innerhalb

8 Tagen im Colosseum (Euhäuser-)

in Empfang zu nehmen:

754 206 528 384 285 609 600

301 449 062 552 497 9 603 39

460 753 566 617 54 633 540

691 135 465 689 379 572 690

504 622 645 314 611 474 587

543 374 470 634 363 107 447

632 577 347 208 516 383 589

390 423 316 536 461 564 499

619 325 332 340 72.

Der Vorstand.

**Abt. Bezirksamte!**

Quartals-Abrechnung

am Mittwoch abends 8 Uhr im

Parterre-Saal, Bismarckstr. 22.

Sämtliche Bezirksführer werden

dringend ersucht, zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Soj. Wahlverein**

für die Landgemeinde Varel.

Sonntag den 3. Januar,

nachm. 5 Uhr.

**Mitglieder-Versammlung**

im Parken Bismarck

in Dangastermoor.

Mitteilungs-Buch erwartet

Der Vorstand.

**Ems-Jade-Kanal**

Eisenbahn von der neuen

Schleuse bis nach Sande.

**Bürgerverein Bant.**



**Nachruf**

Am Sonntag abends starb

unser langjähriges Mitglied

der Westfälische

**Fr. Ad. Sünkler.**

Der Verein wird dem Ver-

storbenen ein ehrendes Andenken

bewahren.

Bant, den 29. Dezbr. 1908.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am

Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr,

am Billehad-Hospital aus-

statt und wird um rege Be-

teiligung der Mitglieder ersucht.



**Nachruf!**

Am Sonntag starb nach

langem, schweren Leiden unser

treuer langjähriger Freund, der

Westfälische

**Fr. Ad. Sünkler.**

Wir werden dem Verstor-

benen stets ein dauerndes An-

denken bewahren.

Wünsche ihm die Erde leicht sein!

Seine nächsten Freunde.



## Schutzoll und Arbeitslosigkeit.

Als das preussische Abgeordnetenhaus, unmittelbar vor seinem Ausscheiden, geruhte, sich einen Nachmittag lang über die Arbeitslosigkeit zu unterhalten, da stellte der Zentrumsführer Herr Trimborn die wunderliche Behauptung auf: wenn wir keine Schutzölle hätten, würde die Arbeitslosigkeit noch größer sein. Diese Behauptung irgendwie zu begründen, oder auch nur näher auszuführen, wie er sich den Zusammenhang zwischen Schutzoll und Arbeitslosigkeit denkt, hat Herr Trimborn unterlassen. Es liegt also nahe anzunehmen, daß er nur aus einer möglichst bequeme Art den Vorwurf abzurufen gedachte, daß die durch den Zoll verursachte allgemeine Teuerung die Quellen der Arbeitslosigkeit noch verschlimmere. Mit anderen Worten: daß er diesem nur zu berechtigten Vorwurf durch Dreistigkeit und Unverschämtheit die Spitze abzubringen suchte.

Will man dagegen annehmen, daß Herr Trimborn nicht nur ein lazes Schlagwort in den politischen Tageskampf werfen wollte, sondern sich bei seiner Behauptung wirklich etwas gedacht hat, so muß man schon bis aufs Jahr 1902 mit seinen Jolldebatten zurückgehen, um den Boden dieses reaktionären Gedankenganges wieder anzufassen. Damals tauchte dieselbe furiöse Behauptung in zwei verschiedenen Formen auf. Einmal wurde behauptet: ohne Zoll müßte die Industrie zu Grunde gehen, und millionen Arbeiter würden aus Lohn und Brot kommen. Die andere Version lautete: wenn der Zoll nicht der schwer dorniederliegenden Industrie auslief, so kann diese den Arbeitern keine hohen Löhne zahlen, die Arbeiter können nicht viel kaufen, folglich allgemeiner schlechter Geschäftsgang und Arbeitslosigkeit.

Widersprüchlich sind es beide Gedankengänge, die Herrn Trimborn vorgeschwebt haben, und da sie in der gegenwärtigen Agitation noch dorthin auftauchen dürfen, so lohnt es sich, sie kurz auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Bekanntlich hat uns der Zolltarif von 1902 mit seinen rund tausend Positionen eine Verteuerung fast sämtlicher Produkte gebracht. Aber der Kampf drehte sich damals vornehmlich um die Getreidezölle, wie denn auch die seitdem eingetretene Teuerung der Nahrungsmittel in der Lebenshaltung des Volkes die wichtigste Rolle spielt. Wir wollen deshalb — und weil eine gleichzeitige Untersuchung sämtlicher Industrien sehr wehligeweise und verwickelte Ausführungen erfordern würde — unsere Betrachtung auf die landwirtschaftlichen Zölle beschränken. Die Anwendung auf die übrigen Produktionszweige ist ja leicht zu ziehen.

Die Landwirtschaft muß zu Grunde gehen, wenn ihr nicht durch Zölle geholfen wird, so gelte uns damals und gelte uns noch heute das Geschick der Agrarier in die Ohren. — Wie stellt man sich einen solchen „Umgerang der Landwirtschaft“ eigentlich vor? Meint man, die Acker würden nicht mehr bestellt, das Vieh nicht mehr gehalten werden? Ja, so gewaltig in der Tat hat man es uns seiner Zeit dargestellt. Aber nur geringe Überbierung zeigt, daß es so schlimm nicht gemeint sein kann. Denn der Grund des Landbesitzers der Landwirtschaft lag ja, wie behauptet wurde, in den niedrigen Verkaufspreisen ihrer Produkte. Sobald nun die landwirtschaftliche Produktion in irgend beträchtlichem Maße eingeschränkt würde, so müßten — wegen verminderten Angebots — die Preise in die Höhe gehen, was vermuthlich auch wieder eine Zunahme der Produktion zur Folge haben würde. Also ein vollständiges Aufhören der Landwirtschaft kann nicht gemeint sein, sondern nur eine starke Abwanderung von Kapital. Auch diese freilich könnte schon genügen, um die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten beträchtlich zu verringern.

Das Kapital wandert ab, weil es in der Landwirtschaft keinen „angemessenen“ Profit findet, diesen aber in anderen Industriezweigen zu finden hofft. In der mangelhaften Verwertung des Kapitals ist also die eigentliche Ursache dessen zu sehen, was die Agrarier die Not der Landwirtschaft nennen.

Den Profit des landwirtschaftlichen Kapitals zu heben, sind offenbar drei Mittel denkbar: entweder man senkt die Arbeitslöhne, oder man steigert die Verkaufspreise, oder endlich man senkt die Grundrente, die der landwirtschaftliche Kapitalist an den Grundbesitzer zahlen muß.

Von Senkung der Arbeitslöhne kann in dem Zusammenhang, den wir jetzt behandeln, keine Rede sein, denn man will uns ja gerade beweisen, daß die Steigerung der Profite auch im Interesse der Arbeiter liegt. In der Tat hat man sich bekanntlich dafür entschieden, durch Zölle die Verkaufspreise künstlich zu steigern. An einer Bekämpfung der Grundrente ist man bislang vorbeigegangen. Sehr natürlich! Denn die Leute, die als Agrarier das große Wort führen, das sind in erster Reihe gerade die Angehörigen der Grundrente. Sie wollten ja gerade die Profite der landwirtschaftlichen Kapitalisten zu dem Zweck steigern, damit aus diesen Profiten größere Renten gezahlt werden. Nun ist aber seiner Zeit von sozialdemokratischer Seite nachgewiesen worden, daß gerade die Grundrente es ist, die eine „angemessene“ Verwertung des landwirtschaftlichen Kapitals verhindert. Dies im einzelnen auszuführen, würde den Rahmen eines Artikels weit überschreiten. Wir verweisen deshalb auf künftige Broschüren „Handelspolitik und Sozialdemokratie“. Es liegt ja auch auf der Hand, daß die Grundrente in der Landwirtschaft sehr vielmehr ins Gewicht fällt als in der Industrie. Und je mehr der Kapitalist an den Grundbesitzer zahlen muß, desto weniger bleibt ihm.

Denn nun durch den Zoll die Einnahmen eines Gutes gesteigert werden und diese Steigerung alsbald in eine Erhöhung der Grundrente umgelegt wird, so folgt, daß der übrigbleibende Profit alsbald wieder kein „angemessener“

sein wird. Ja, der Zustand muß sich sogar noch verschlimmern. Sowie im Jahre 1906 die neuen Handelsverträge (auf Grund des neuen Zolltarifs) in Kraft getreten waren, kamen von allen Seiten Nachrichten über enorme Steigerung der Getreidepreise. So wurde, um nur ein Beispiel zu erwähnen, das Gut Eichen im Kreise Schildberg, das drei Jahre zuvor 227 500 Mk. gekostet hatte, für 450 500 Mk. verkauft. Der neue Besitzer muß also von den Einnahmen, die das Gut ihm bringt (vorausgesetzt, daß er es selbst bewirtschaftet, was für unsere Berechnung keinen Unterschied macht), zuerst die Zinsen dieser um 223 000 Mk. größeren Summe als Grundrente in Abzug bringen, und erst, was ihm dann verbleibt, ist sein Profit. Daß dies — selbst bei den höheren Verkaufspreisen des Getreides — auf die Dauer weniger sein muß, als bei der alten, weil geringeren Grundrente, dürfte wohl ohne weiteres einleuchten.

Es zeigt sich also, daß der Zoll — weit entfernt, den Profit des landwirtschaftlichen Kapitals zu heben — ihn auf die Dauer noch senkt, das Uebel noch verschlimmert. Es ist eben weiter nichts als ein Mittel zur Steigerung der Grundrente, und es gehört eine ziemliche Portion Dreistigkeit dazu, ihn in ein Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit umzuwandeln.

Für die Industrie freilich treffen diese Ausführungen nicht in genau dem gleichen Sinne zu, weil die Industrie nicht so viel Grundrente zahlt wie die Landwirtschaft. Hier bedeuten erhöhte Verkaufspreise — wenn die Löhne nicht gleichzeitig steigen — einfach erhöhten Profit. Aber von einer „Not“ der Industrie, die durch den Zoll beilegt werden müßte, haben selbst die eifrigsten Schutzölle nie gesprochen. Die Industriezweige haben wir nur deshalb besprochen, weil der politische Einfluß der Industrieherren nur dann für die landwirtschaftlichen Zölle zu haben war, wenn sie bei der Gelegenheit auch gleich ihren Korbha machen konnten. Wie wenig aber die Industriezweige ein Schutz gegen Arbeitslosigkeit sind, zeigt wohl die gegenwärtige Zeit zur Genüge. Wie sollen denn die hohen Warenpreise zur Produktion veranlassen, wenn nichts gekauft wird?

Die andere Behauptung der Zollreue geht dahin, daß durch den Zoll die Kapitalisten imstande seien, höhere Löhne zu zahlen, sobald die Klasse der Arbeiter mehr kaufen und dadurch Handel und Wandel zur Blüte bringen. Es ist ja sehr richtig, daß hier auf einmal anerkannt wird, wie wichtig der Konsum der Arbeiter für Handel, Landwirtschaft und Industrie ist. Und es ist auch unbestreitbar, daß bei höheren Einnahmen die Kapitalisten auch höhere Löhne zahlen können. Aber ob sie es auch wirklich tun, ist leider eine andere Frage. Die Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts — wie man in den Schriften der Professoren Neumann-Nübbingen, von Vengerie, v. d. Holz u. a. nachlesen kann — lehrt z. B., daß die Löhne der Landarbeiter gerade immer dann niedrig waren, wenn die Getreidepreise hoch standen, und umgekehrt. Es ist auch leicht erklärlich, weshalb. Wenn infolge der Teuerung die Arbeitslosigkeit in den Städten mangelte, so daß die Landarbeiter auf den Gütern ausbarmen mußten, dann benutzten die landwirtschaftlichen Kapitalisten dieses starke Angebot, die Löhne zu drücken. Und nur wenn die Landarbeiter schonenweise nach den Städten abwanderten, mußten sie sich manchmal zu Lohnsteigerungen bequemen.

Soweit also ein direkter Zusammenhang zwischen Schutzoll und Arbeitslosigkeit überhaupt vorhanden ist, ist er gerade das Gegenteil dessen, was Herr Trimborn behauptet.

## Gewerkschaftliches.

Ein Jubiläum des Holzarbeiterverbandes. Die Holzarbeiter konnten, wie das Verbandsorgan, die Holzarbeiterzeitung, in einem Artikel darlegt, am 27. Dezember auf das 25-jährige Bestehen ihrer Organisation zurückblicken. Die Organisation der Tischer, die vor dem Sozialistengesetz geschaffen worden war, wurde durch das Schanzgesetz befestigt. Jahre vergingen, ehe es den Arbeitern gelang, an Stelle der vertriehten Organisationen neue zu schaffen. Das Unternehmertum glaubte, sich gegen die Arbeiter alles erlauben zu können, weil ihnen diese gänzlich überlassen waren. Aber die Rücksichtslosigkeit der Unternehmerrück der Arbeiter immer wieder zur Gründung von Organisationen, mochten sie von der Polizei noch so oft aufgelöst werden. So hat auch die Auspöterung der Tischer in Stuttgart im Jahre 1883 die Anregung zur Gründung der Organisation gegeben. Der am 27. Dezember 1883 in Mainz tagende Tischerkongress beschloß die Gründung einer Zentralorganisation, die den Namen Zentralverband der Vereine der Tischer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands erhielt. Am Schlusse des ersten Geschäftsjahres zählte die Organisation 52 Ortsvereine mit 4152 Mitgliedern. Auf dem Kongresse in Göttingen 1886 gaben sich die Tischer eine strengere Organisation, 1887 zählte der Verband 86 Zahlstellen mit 6013 Mitgliedern. Der Kongress 1893 in Kassel beschloß dann die Gründung des Holzarbeiterverbandes. Die neue Organisation, der nun die vertriehten Zweige der Holzindustrie angehören, nahm ihre Tätigkeit den 1. Juli 1893 mit 22 745 Mitgliedern auf. Heute zählt der Verband etwa 150 000 Mitglieder. Aus der großen Tätigkeit dieser Organisation wollen wir nur folgende Zahlen anführen: In den 15 Jahren von 1893 bis 1907 wurden vom Deutschen Holzarbeiterverband insgesamt 5241 Lohnkämpfe geführt, an welchen 333 408 Personen beteiligt waren. Die Kämpfe erforderten eine Ausgabe von 9507 650 Mk.

Wir wollen noch die Schlusszeilen des Jubiläumsartikels

der Holzarbeiterzeitung beilegen, weil sie die gegenwärtige Situation sehr gut kennzeichnen.

„Es ist unbestreitbar, daß unser Verband zu einem wichtigen Machtfaktor geworden ist. So sehr uns diese Tatsache mit Genugtuung erfüllt, so dürfen wir darüber doch nicht vergessen, daß uns noch recht viel zu tun übrig bleibt. Noch steht ein gewaltiges Heer von Holzarbeitern außerhalb der Organisation. Statt mit uns für die Verbesserung ihrer Lebenslage zu kämpfen, stehen sie uns gleichgültig oder sogar feindselig gegenüber. Diese Kollegen für die Organisation zu gewinnen, muß uns eine heilige Aufgabe sein. Gewiß erfordert es unermüßliche geduldige Arbeit; wir dürfen uns durch einen Fehlschlag nicht scheiden lassen. Aber wenn uns die rechte Arbeitsfreudigkeit nicht kommt, will ob des Unverstandes der Massen, dann wollen wir zurückbleiben auf die 25-jährige Geschichte unserer Organisation. Wir haben in dieser Zeit so gewaltige Erfolge erzielt, so ungeheure Widerstände überwunden, daß wir berechtigt sind, uns die schwierigsten Aufgaben zu stellen, ohne zu verzagen.“

## Genossenschaftliches.

Die Erziehungstätigkeit des Konsumvereins. Wie hoch von den englischen Genossenschaften der Wert der genossenschaftlichen Erziehung und im Verein damit der allgemeinen intellektuellen Aufklärung und der stilligen Erhebung der Konsumvereinsmitglieder geschätzt wird, geht schon daraus hervor, daß von ihnen jährlich rund zwei Millionen Mark für Erziehungszwecke aufgewandt werden. Ein typisches Beispiel, wie die einzelnen Konsumgenossenschaften ihre Erziehungstätigkeit ausführen, bietet uns der englische Konsumverein in Burnley. Im Jahre 1867 wurden 2 Prozent des Reinüberschusses, 173 Mark, für Erziehungszwecke angelegt. Seit der Zeit ist mit der geschäftlichen Entwicklung der Genossenschaft auch die jährlich für Erziehungszwecke aufgewandte Summe stetig gewachsen. 1883 betrug sie sich noch auf 2059 Mk., 1907 jedoch bereits auf 80 000 Mk.

Gegenwärtig unterhält der Konsumverein in Burnley außer 16 Veschallen ebenso viele Lesestunden für Mitglieder, für deren Unterhaltung dort Leuten der Genossenschaft Bücher und Zeitungen, sowie Spiele aller Art zur Verfügung gestellt werden. Seit drei Jahren hat der Verein 12 Bibliotheken für die Mitglieder eröffnet. Mit der Errichtung der Bibliothek wurde bereits 1862 begonnen. Heute ist sie in der Zentrale in weißlichen Räumen untergebracht und zählt 11 000 Bände. Wöchentlich kommen 2500 Bände zur Ausgabe. Schon seit 20 Jahren ist ein ständiger Bibliothekar und Erzieher angestellt. Die Veranstaltungen des Erziehungsausschusses finden in der eigenen großen Zentrallhalle des Konsumvereins statt. Für die Vorträge wissenschaftlicher und anderer Art werden die besten Redner engagiert. Da sie in den Wintermonaten und Sonntagsnachmittags stattfinden, sind die Veranstaltungen immer gut besucht, im Durchschnitt von 700 Personen. Jeden ersten Sonntag im Monat konzentriert einer der verschiedenen Kirchen. Am Abend abends findet eine billige Ballkonferte statt. Für das geringe Entgelt von wöchentlich 50 Pfg. kann das Mitglied die allabendlichen Veranstaltungen besuchen. Besondere Aufmerksamkeit erweisen den Kindern der Mitglieder musikalischen Unterricht, und um die Schüler zum Preis anzuspornen, erhalten alle diejenigen das Unterrichtsgeld zurück, die sich durch besondere Tüchtigkeit auszeichnen. Die Prüfungen finden unter Beistand der höchsten Musikschule statt. Im letzten Jahre haben von 20 Musikschulen 19 die Prüfung mit Erfolg bestanden. Die Gesangsabteilung des Konsumvereins hat wiederholt im Sangewesentum den ersten Preis errungen. Von den Teilnehmern an den Buchhaltungstagen haben 75 Prozent die Prüfung erfolgreich bestanden. Im Sommer, in der Regel Sonntagsnachts nachmittags, werden Ausflüge ins Freie, nach landschaftlich oder historisch bedeutsamen Punkten arrangiert. Besondere Pflege widmet der Erziehungsausschuss der genossenschaftlichen Erziehung der Kinder. Mit den Kindererziehungen, die so oft als möglich stattfinden und auf denen die Kleinen mit Tee und Kaffee bewirtet werden, sind regelmäßig kurze Besichtigungen über das Genossenschaftswesen verknüpft. Am letzten großen Kinderfeste, das alljährlich zur Herbstzeit im Freien stattfindet, waren 30 000 Kinder beteiligt. In den Verfallungsstellen der Genossenschaft veranlaßt die Frauengenosenschaftsgilde an bestimmten Abenden in der Woche sogenannte „Kinderabende“.

## Aus dem Lande.

Dangelmoor, 29. Dezember.

Der Sozialdemokratisch-Wahlverein hält am Sonntag den 3. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gasthause zum Rösen Bismarck seine Mitgliederversammlung ab.

Carel, 29. Dezember.

Eine Versammlung der Vorstände der Gewerkschaften, des Arbeitervereins Vorwärts, der freien Zunfterschaft und der politischen Vereine vom Stadt- und Landgebiet ist auf Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, nach dem Lokal des Herrn Saake einberufen, um die Versammlungstage für das Jahr 1909 festzusetzen.

Oldenburg, 29. Dezember.

Wie traurig die Arbeitsverhältnisse in den Speditionen- und Fuhrgeschäften sind, zeigte eine Verhandlung vor dem bürgerlichen Schöffengericht. Durch einen Artikel im Courrier, dem Verbandsorgan der Handels- und Transportarbeiter Deutschlands, vom 23. August d. J., in welchem die Arbeitsverhältnisse beim Spediteur Hoyer-Oldenburg einer Kritik unterzogen wurden, fühlte sich dieser beleidigt. In dem





★ Feuilleton. ★

Müllerliebe.

Roman von George Sand. Deutsch von Heinrich Heine (80. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

"Brüderlein," sagte sie, indem sie ihm entgegenkam und sich mit ihm in der Kälte einschloß, in der ein mageres Taglicht trüblich brannte, "du siehst mich sehr bekümmert. Rola ist kranke, als du denkst. Sie schreit und weint in einem fort, als hätte sie den Verstand verloren. Sie liebt den Müller — es ist wie eine von Gott verhängte Strafe für unsere Sünden. Aber die Krankheit ist einmal da, ihr Herz ist davon befallen und sie zeigt das gleiche Benehmen wie ihre Schwester, als sie anfang, verdorrt zu werden. Da der Arzt hier, daß sie keine Nacht, die Türen aufzubrechen, hat er schon gebittet, wir sollten sie freilassen und sie wie gewöhnlich im Park und in dem alten Schloß herumstreifen lassen. Er sagt, sie sei gewöhnt, stets allein, stets in Bewegung zu sein, und wenn man sie von der Ruhewelt abschließen würde, so könnte sie rasend werden. Aber ich habe vor Angst . . . wenn sie sich töten würde! Sie scheint mir heute abend so leicht zu sein! Sie, die niemals spricht, hat uns alle Schreden des Lebens erzählt. Und ich habe es wieder am Morgen — o, es ist abwechselnd so leben zu müssen! Und wenn man denkt, daß eine unglückliche Liebe die Ursache ist!"

"Und doch haben wir unsere Töchter gleich gut erzogen", fuhr Frau Brifolin fort. "Die anderen haben sich verheiratet, wie wir es gewollt haben — sie machen uns Ehre. Sie sind reich und fühlen sich glücklich, obgleich ihre Männer kein hübsches Herz haben. Aber die Älteste und die Letzte haben eierne Köpfe. Und da wir das 11. Glück gehabt haben, nicht zu erkennen, was die eine ins Verderben stürzen konnte, müssen wir vorsichtig sein und der anderen ihren Willen lassen. O, lieber wollte ich, sie wäre nicht geboren, als daß sie diesen Müller heiratete! Aber sie will es nun einmal, und da ich sie lieber tot als irrsinnig sehe, müssen wir zu einem Entschluß kommen. Ich sage es dir also, Brifolin — ich gebe meine Einwilligung, und auch du mußt sie geben. Ich habe Rola eben gesagt, daß, wenn sie sich absolut mit diesem Menschen verheiraten wolle, ich sie nicht hindern würde. Das schien sie zu beruhigen, obgleich es nicht ausreichte, als hätte sie mich verstanden oder als glaube sie mir. Du mußt zu ihr gehen und ihr dasselbe sagen."

"Wie schon ich das trifft!" rief Brifolin erfreut. "Hier, Frau, lies dieses Schriftstück und sage mir, ob nichts darin fehlt."

"Ich falle aus den Wolken!" antwortete die Bäckerin, nachdem sie die Kunde gelesen. Und nach endlosen Ausrufen riefte sie ihren ganzen kalten Willen zusammen, um es mit der Aufmerksamkeit eines Besessenen noch einmal zu lesen. "Dieses Schriftstück ist gut für dich. Es ist wert, begutachtet zu werden. Du brauchst keinen Rechtsbeistand zu befragen, Brifolin. Du kannst ruhig unterschreiben. Es ist alles Profit, alles Vorteil! Unsere Geschäfte werden besorgt und zugleich wird Rola zufriedengestellt. Man hat recht, wenn man sagt, gute Absichten befohlen Gott. Ich war ganz entschlossen, sie ihrem Liebhaber umsonst zu geben — und dafür sind wir jetzt reichlich belohnt. Unterschreibe, unterschreibe, mein Alterchen, und bezahle — damit gelangt der Akt zur Ausführung, und es gibt für die Baronin kein Verhindern mehr."

"Schon bezahlen?" o Rola! . . . Und nur ein Stillschicken Papier, das nicht einmal beglaubigt ist?"

"Bezahle!" sagte ich dir, und lasse den Kauf morgen früh öffentlich ankündigen."

"Aber wie . . . wenn man die kleine Vernunft annehmen ließe! Vielleicht wird sie sich morgen besser fühlen und einwilligen, einen anderen zu heiraten, wenn man sie Vernunft annehmen läßt, und du mit ihr umzugehen weißt. Man würde sonst sagen, eine solche Tat sei eine Torheit, eine Dummheit, die meine Tochter nicht verpflichten könne."

"Nun, dann wäre der Verkauf nicht!"

"Das fragt sich. Man wird einen Prozeß anstrengen."

"Du würdest verlieren!"

"Auch das fragt sich noch. Was tut es übrigens? Der Verkauf würde aufgelassen werden. Einen Prozeß kann man lange hinziehen. Aber wie du weißt, kann die Baronin nicht warten — wohl oder übel würde sie gezwungen sein, auf einen Vergleich einzugehen."

"Bah . . . mit solchen Gefechten bringt man sich in Äbles Gerede, Herr Brifolin. Man verliert Ehre und Kredit. Es bringt stets Vorteile, wenn man ehrlich handelt."

"Nun, wir werden sehen, Theobaldo. Gehe nur hin und sage deiner Tochter, was wir beschloffen haben. Wenn sie sich frei fühlt, wird sie sich vielleicht nicht mehr soviel um ihren Ludwig sorgen. Denn es sieht mir ganz danach aus, als sei dies ein Witz, den sie auf mich hat. Sage doch — er hat es nirgends dumm angefangen, der Müller! Er hat Mittel und Wege zu finden gewußt, den Schuh und die Freundin dieser Dame zu erschleichen, ich weiß nicht wie. — Der Schuh ist wahrscheinlich nicht dumm!"

"Mein Lebenlang werde ich ihn verabscheuen!" antwortete die Bäckerin. "Aber es ist gleich. Wenn Rola nur nicht wie ihre Schwester — ich werde ihren Mann kalt aufnehmen und ich wäge."

"O . . . ihr Mann, ihr Mann! . . . Er ist es noch nicht!"

"Doch, Brifolin, es ist eine abgemachte Sache — geh und unterschreibe."

"Und du . . . ? Du mußt doch auch unterschreiben?"

"Ich bin ganz bereit."

Und Frau Brifolin trat entschlossen bei ihrer Tochter ein, wo Marcelle auf sie wartete und unterschied mit ihrem Mann auf einer Ecke der Kommode.

Als dies geschah, raunte Brifolin seiner Frau leise ins Ohr — mit einem wild triumphierenden Lächeln:

"Theobaldo — der Verkauf ist gut und die Bedingung nicht! Du wußtest das nicht — du, die du alles zu wissen behauptest!"

Rola hatte immer noch Fieber und unerträgliche Schmerzen im Kopf. Doch leidend die Tage dranhin war und man sie nicht mehr hören hörte, beruhigten sich Rolas Nerven. Als Marcelle unterzeichnet hatte und sie ihrer jungen Freundin die Feder hinhielt, begriff Rola nur schwer, um was es sich handelte. Aber als ihr eine Ahnung aufdämmerte, zerfloß sie in Tränen und warf sich in ungestümen Glück in die Arme des Vaters, der Mutter und der Freundin, wobei sie dieser ins Ohr flüsterte:

"Göttliche Marcelle . . . ich nehme dies Darlehen an. Eines Tages werde ich reich genug sein, um mich Ihrem Sohne gegenüber dankbar zu zeigen."

Die Großmutter Brifolin war die einzige der Familie, die das edle Benehmen Marcelles erkannte — sie warf sich ihr zu Füßen und umarmte ihre Rnie, ohne ein Wort zu sagen.

"Und jetzt," sagte Marcelle ganz leise zu der Alten, es ist noch nicht sehr spät — erst zehn Uhr! Ludwig könnte wohl noch auf dem Hügel sein, und übrigens ist es gar nicht so weit von hier nach Angsbau. Wenn man jemand hinstellt und ihn holt? Ich wage nicht den Vorstoß zu machen. Aber man könnte ihn wie durch Zufall kommen lassen, und wäre er einmal hier, so müßte man ihn wohl von seinem Glück in Kenntnis setzen."

"Ich übernehme es!" rief die Alte aus, "und müßte ich selbst zur Mühle gehen! Für diesen Gang werde ich meine Botschaft von 15 Jahren wiederfinden!"

In der Tat ging sie selbst ins Dorf, doch fand sie den Müller nicht. Da wollte sie einen Müllerburschen zu ihm senden. Aber alle waren betrunken, lagen schlafend im Bett oder in der Schenke — unfähig, sich zu regen. Das kleine Kennzeichen war allzu furchtbar, den Weg bei Nacht zu machen. Ubrigens wäre es auch nicht menschlich

gewesen, dieses junge Kind am Abend des Festes der Gefahr auszuheilen, allerlei Volk zu begegnen. So irrte Mutter Brifolin auf dem fast menschenleeren Hügel umher und suchte jemand, der alt und klug genug wäre, um diesen Auftrag zu übernehmen, als der Onkel Radolch aus dem Vorhof der Kirche herorkam, wo er ein letztes Gebet gemurmelt und ihre Blide auf sich lenkte.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Gegenbeispiel, unverkünstelt.

Im zweiten Dezemberheft des Kunstwartes erzählt Johannes Buchmann: "Das hat mir kürzlich ein Hamburger Kunsthändler vorgebracht, der draußen in der Vorstadt seinen Laden hat. Zu Kunden hat er selbstgezeichnete Industrie-arbeiter, Handwerker, Krämer, 'kleine' Beamte usw., meistens Leute, die noch recht abhängig sind vom Geschmack der Menge, und die die gelobte Rota der Künstlerleistungen oder der Meisterbilder und Vorzugspreise als zu schwer verdaulich empfinden. Auch stellen sie sich lieber Faust und Gretchen in bunt bemalten Terrakottabildern auf Verisow, als etwa den leicht gezeichneten Köpfe einer guten kleinen Plastik. Und gar Tonwaren! Da geht ihr Wunsch auf Majolikawesen, 'altdeutschen' Stils und bronzierte Bierhumpen aus rotem Ton. Für den Händler, der es aus Überzeugung verschmäht, sein Geld mit solchen Dingen zu verdienen, und der auch nicht den immer gefährlichen Weg des Kompromisses gehen, also das Gute hier und da vom Gewinn am Schlichten fördern will — für den sind die gefälschten Ausstellungen nicht gerade verlockend. Er muß sich sein Käuferpublikum tatsächlich erst erziehen. Daß dies möglich sei, daran zweifeln heute die meisten Geschäfteleute, sie lassen darum auch den Versuch dazu lieber ganz sein. Der Hamburger aber, von dem ich erzähle, hat es doch gewagt, und zwar auf eine so sinnvolle und — wie der Erfolg ausweist — praktische Art, daß es verlohnt, davon zu berichten. Er hat den Gedanken vom Gegenbeispiel verworfen. In seine Verkaufsorte von Bildern (Kunstleisteinrichtungen und Nachbildungen von Originalwerken), von Abgüssen antiker Skulpturen und von Topferwaren nimmt er grundsätzlich nur gute und einwandfreie Stücke auf. Dazwischen aber hat er einige gestellt, die typisch sind für den schlechten Geschmack, also Gegenstände, wie ich sie oben als häufig begehrte fennrichtete. Viele Bilder, Statuen und Büsten tragen ein kleines Schildchen mit der Aufschrift: 'Gegenbeispiel, unverkünstelt!' Natürlich wird dadurch bei den Käufern fast jedesmal die Frage herausgefordert: 'Warum verkaufen Sie das nicht?' Und der Händler hat dann die beste Gelegenheit, auf den Unterschied etwa zwischen einer guten Zeichnung von Gang oder von Kampmann und einem Selbstgezeichneten nach irgend einem Desdemona-bilde hinzuweisen. Er kann es den Leuten klarmachen, warum eine einfache, in Farbe und Brand gut gelungene Keramik erfolgreich wirkt, der mit Verhöhnungen überladene 'Bierzug' aber nicht. Und er kann den 'Bedenken Anaben' neben den bunten Terrakotta-Faust im Federbart stellen. Das Verfahren hat sich auch gefachlich vortrefflich bewährt. Es gelingt fast immer, die Käufer zum Guten zu bewegen, wenn sie den Schund in solcher Umgebung sehen. Ich meine, man sollte das überall so machen. Gegenbeispiele haben wir nicht nur im Kunsthandel."

Literarisches.

Rosmos, Handweiser für Naturfreunde. 5. Jahrgang. Für Mitglieder kostenlos, Nichtmitglieder jährlich 2.50 Mk. (12 Hefte). Einzelpreis 30 Pf. Herausgegeben vom Rosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Gesellschaft für Grandt'sche Verlagshandlung, Stuttgart. Werden erschien Heft 12.

Empfehle:

- Neue Ringäpfel . . . Pfd. 50 Pf.
- Eingemachte Bohnen Pfd. 18 Pf.
- Reinfleisch . . . Pfd. 35 Pf.
- Schmalz . . . Pfd. 65 Pf.
- Talg . . . Pfd. 50 Pf.
- Goldstaubmehl . . . Pfd. 19 Pf.
- 5 Pfund . . . 90 Pf.
- Neue Hafersgrühe . . . Pfd. 20 Pf.
- Buchweizengrühe . . . Pfd. 28 Pf.
- Buchweizenmehl . . . Pfd. 20 Pf.
- Neue Riesen-Wachtelbohnen . . . Pfd. 20 Pf.
- 5 Pfund . . . 95 Pf.
- Neue H. Wachtelbohnen Pfd. 16 Pf.
- Distelf. Rummeltälche Pfd. 30 Pf.
- Distelf. Krautkäse . . . Pfd. 35 Pf.
- Täfelte Käse, pilant . . . Pfd. 40 Pf.
- Salzguten . . . 3 Stüd 10 Pf.

A. Winterberg, Adolfsstraße 11.

Unentgeltliche Stellenvermittlung für weibliche Diensthöten jeh: Nischelichstraße 29

Neujahrs-Gratulationskarten

werden geschmackvoll und preiswert angefertigt in der Buchdruckerei von Paul Hug & Co., Bant, Peterstrasse. Filiale Heppens, Ulmenstrasse 24.

Lebertran

besten heller 1 Pfund . . . 70 Pf. J. S. Cassens in Schaar. Empfehle in bekannter Güte Rotwein vom Jah, à Liter 70 Pf. Telefon 315. E. S. Meyer, Wismandstr. 103/104

Ankauf

von altem Eisen, Kupfer, Messing, Zinn, Zinn, Staniol, Blei, sowie Lumpen, Gummiabfällen und Campagnerlöschen. Zahle dafür stets die höchsten Preise. Auf Wunsch hole es aus dem Hause ab.

S. Reisner, Heppens, Lombisch 4. Telefon 672.

Feueranzünder

1 Paket 8 Pf., 10 Pakete 75 Pf., 100 Pakete 7.00 Mk. J. H. Cassens in Schaar.



